

Bezugspreise für Halle monatlich drei Mark, vierteljährlich 1.00 Mark, durch die Post 4.50 Mark einschließt. Zustellungsgebühr. Derzeitige Preise sind von allen Rückstellungen ausgeschlossen. Im amtlichen Zeitungsdienstleistungen unter Bezahlung eingetragenen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion. Halle, den 27. März 1910. Der Verleger: Dr. G. H. Schmidt, Halle, Postfach 11133. Druck: G. H. Schmidt, Halle, Postfach 11133.

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Dreißigjähriger Jahrgang.

Nr. 145.

Halle, Donnerstag, den 27. März.

1910.

## Scheidemann gegen die Quertreibereien.

Der deutsche Ministerpräsident Scheidemann kündigt die schnellste Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes für ein Verfahren gegen General Ludendorff an.

### Eine sensationelle Sitzung in Weimar.

Ministerpräsident Scheidemann gegen alle Erschwerungen der Friedensbedingungen — Die Berliner Vorkommnisse vom letzten Sonntag — Die Anwesenheit Ludendorffs in Berlin.

Weimar, 26. März. Das Haus ist fast besetzt. Die Ränge sind überfüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Täglich mehren sich die Meinungen aus dem Auslande, in denen uns die neuen

Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen

angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die einschüchternden Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei, nicht ohne politische Wert, sondern

ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung.

Ein Ansehn an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern. Sie wollen bei Deutschland bleiben. Das ganze Volk, aus einem bescheidenen Volk, leiden, nur weil sie sich nicht anders fühlen und denken können, kann als Deutsche. (Stürmischer Beifall.)

Die Reichsregierung weiß, daß

diese Leute das wertvollste Gut

ist, das ihr zur Verwirklichung anvertraut wurde. Die deutsche Republik, die nicht Gegenwart, die nur Zukunft zu haben hat, erweitert es, daß das Volkensinn zur Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Stämme lauter und inniger wird. Selbst wenn Deutschland alles verloren hätte, dessen was es besitzt, hat es darum das bestmögliche Recht verloren, gegen Verewaltigungen und Gesellen zu protestieren, die

ihm die Gurgel zuzuschneiden

würden? Was von uns jemals nach Tübingen (zu dem H. Ges.) Meinung an Verewaltigungen beabsichtigt wurde, reicht auch nicht an näher an die heran, was unsere Gesetze uns gegenüber schon ausgesprochen haben und noch aussprechen wollen.

Aber nicht nur die äußerste Linken schwächt unsere Stellung vor dem bürgerlichen Ende. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westpreußens, Danzigs und des Sarcinien Gebiet. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen bezeichnend, daß es die Ausführungen Erbeners und Bernsteins mit lärmenden Rundgebungen unterbrach. Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage

waren, setzte so recht der sogenannte Nationalklub deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig, „Heil Dir im Siegerkranz“ zu singen und durch Ausdrücken des Kopfs, hoch eine gemeinsame Geste des sanften Kopfs zu misbrauchen. Wie lassen uns das Recht, achtlos Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebenjenseits unieren Protest gegen die Verewaltigungen in gewöhnlichen Treibereien umhelfen. Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewalttätig, aber

in seinen Wirkungen ist es Sabotage.

Wie protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse vom Sonntag. Wir werden uns das Herabbescheiden neuer außenpolitischer Gefahren durch ein Handvoll Rechtlose nicht weiter gefallen lassen. Wir dulden das nicht. Stillschweigen wäre hier Mitleid. Die

Anwesenheit des Generals Ludendorff

bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Rede.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur

Errichtung eines Staatsgerichtshofes

in Halle einbringen werden.

Vortagung der Besprechung der Interaktion über

Mittelstand und Kleinvermögen.

Herrmann-Kleinigkeiten (Dem.). Der Mittelstand wird auch im neuen Deutschland als zukünftiger Träger und als Faktor des sozialen Ausgleichs eines der festesten Fundamente des Staates bleiben. Bei der Arbeitsverteilung muß das Handwerk als eine besondere Gruppe berücksichtigt werden.

Herrmann (D. B.). Wir können es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den Kleinverdienenden etwas durch Kommunalisierung der Betriebe, der Fischerei, des Bergwesens usw. Konturen machen. Die Sozialisierung kommt die Entzerrung der deutschen Wirtschaft.

Herrmann (D. B.). Der Untergang des Mittelstandes ist eine nicht aufzuhaltende Tatsache. Sollen kann dem Mittelstand die Sozialisierung und Kommunalisierung.

Herrmann (D. B.). Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann.

Herrmann (D. B.). Wir werden die Einrichtung eines Sondergerichts für Handwerk und Gewerbe beim Reichsgerichtswesen.

Damit schließt die Vortagung.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Kabinet.

Schluß nach 3 Uhr.

er davon sprach, daß das Vorgehen dieser Herren in seinen Wirkungen Sabotage bedeutete. Unter großer Begeisterung hat das Haus erklärt, er mit erheblicher Stimme, daß die Reichsregierung dem Verlangen des General Ludendorff nach einem Urteile eines Staatsgerichtshofes nachkommen werde. Unter der Wirkung dieser von der Mehrheit des Hauses mit höchstem Beifall aufgenommenen Rede wurde die nachfolgende Aussprache über Mittelstandsfragen.

### Die Aufgaben des Staatsgerichtshofes.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.) Wie an ausländischer Stelle verläutelt, ist beabsichtigt, bei der Nationalversammlung in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes einzubringen. Vor diesen Staatsgerichtshof sollen solche Verurteilungen kommen, die das Verlangen danach ausgesprochen haben, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, z. B. Hoffmanns-Böhmens und Ludendorff, oder solche, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg nur vor einem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann.

### Kabinettsitzung in Weimar.

Weimar, 26. März. (Eigene Drahtnachricht.) In der heutigen Kabinettsitzung wurde dem Reichsdrucksachenminister Braun Vorschlag erteilt, die zweite Rate der Lebensmittel zu begeben. Ferner wurden die Friedensfrage, sowie die Vorlage, welche in Gehalt eines Antrages an die Verfassungskommission gehen soll und die Bekantmachung des Reichstages in der Berechtigung enthält, besprochen. Es liegen hierzu sechs Entwürfe vor.

würde vor. Das Kabinet wird sich mit den Fragen noch morgen beschäftigen müssen, da der Antrag noch vor dem 8. April, dem Zusammentritt des Reichstages in Berlin, an den Verfassungsausschuss gelangt sein soll.

### Das Reichswehrgesetz.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.) Die Vorbereitungen für die Durchführung des Reichswehrgesetzes sind soweit gediehen, daß eine Anzahl von Verbänden, die die Bedingungen erfüllen, in aller nächster Zeit in die Reichswehr überführt werden können. Sie unterziehen dann dem Reichswehrminister. Es wird das sogenannte wilde Werben fortfallen, obwohl nicht wird verhindert werden können, daß durch Reinnungen und Plafate Freiwillige aufgerufen werden. Doch wird diese Art des Erwerbens eine allgemeine öffentliche Regelung erfahren und nicht der beliebigen Reinnung der einzelnen Führer überlassen bleiben. Die von der Reichsregierung angekündigte Reform des Militärstrafrechts ist fertiggestellt und wird bei den Ministern der Gliedstaaten und dem Reichsmilitärgericht geprüft und dem Reichsminister beraten werden.

### Bayerische Trennungsabsichten.

München, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) In Frankfurt wählten die Trennungsbewegungen von Bayern. Genährt wird die Positionen durch die stiellose Politik der bayerischen Regierung, mit der die russische Bevölkerung nicht einverstanden ist. Die Stimmung der Wähler gegen den bayerischen Landtag ist äußerst erregt, da der Landtag die ihm vom Volk übertragene Befugnisse mißbraucht und widersprüchlich an ein einzelnes Ministerium abgibt. Die bayerische Volkspartei leidet unter der Aufgabe des Parteiprogramms in sozialistischem Fahrwasser. Der Regierung fehlen aber alle notwendigen Mittel. Es ist mit Überlegungen zu rechnen, da eine feste Währungsheit der Unabhängigen den Kommerz vertritt und eine Räterepublik nach russischem Muster antritt. Die Unabhängigen machen sich die oberste bedeutende Stimmung zu Nutzen und wollen unter der energielosen Leitung der bayerischen Räterepublik weitestens in Bayern die russischen Ideale verwirklichen, da sie sich kein Hehl darüber machen, daß im Erigen Reich die beabsichtigte Durchführung des russischen Rätereprogramms nicht auf viel Gegenstände trifft.

### Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Beziehungen am 1. Juni.

Basel, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet aus New York: Im Senatensitzung wird die Rückkehr Wilsons nach der Union in der zweiten Woche angekündigt. Die „New Yorker Times“ berichtet: Wilton wird am 1. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen, um den Abbruch des deutsch-amerikanischen und die Allierten zu gleichem Vorgehen zu ermöglichen.

### Gute Qualität der Entente-Waren?

Köthen, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Fortdauer Verhandlungen zwischen Deutschland und den Allierten über das Lebensmittelabkommen werden fortgesetzt. Von deutscher Seite wird die Qualität der von der Entente zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf Grund vorangegangener Untersuchungen als gut bezeichnet. Es handelt sich durchweg um amerikanische Waren.

### Die Großberliner Räte an die ungarische Räterepublik.

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtnachricht.) Die Vollversammlung der Großberliner Räte und S. Räte, die heute unter dem Vorsitz des Reichssozialisten Wibel in den Gemerzialen stattfand, behandelte folgendes Telegramm an die Räterepublik Ungarn abzuenden:

Die Vollversammlung der Großberliner Räte und S. Räte begrüßt den Sieg der ungarischen Proletariats und die Gründung der Räterepublik Ungarns. Sie erklärt in dem deutschen Kampf des ungarischen Proletariats einen Teil des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den Kapitalismus und die Weltreaktion. Die Vollversammlung verpicht, das ungarische Parlament nach Kräften in seinem Kampf zu unterstützen und nicht eher zu ruhen, bis der endgültige Sieg des Sozialismus in allen Ländern gesichert ist.

### Eine militärische Aktion gegen Ungarn.

Genf, 26. März. (Privattelegramm.) Das Bureau Europa Preß meldet aus Paris, daß sich die hohen militärischen Stellen der Entente ernstlich mit dem Bewusstsein

### Die Wirkung der Rede Scheidemanns.

Ein sehr erregte Sitzung zu erwarten. Weimar, 26. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann hat in den Kreisen der Redierten außerordentlich ausregend gewirkt. Wahrscheinlich wird sich daran morgen ein Zwischenfall schließen. Die Rechte schilt den Grafen Paladowsky mit einer sehr scharfen Erklärung vor. Die sozialdemokratische Fraktion hat heute darüber beraten, ob auch sie einen Redner zur Stellungnahme zu den von Scheidemann berührten Demonstrationen der royalistischen Offiziere entsenden sollen. Es wird davon Abstand genommen werden, da man annimmt, daß der Ministerpräsident sowohl auf die Angriffe der Redierten eine eingehende Widerlegung geben wird. Es ist für morgen noch eine sehr erregte Sitzung zu erwarten.

### Weimarer Stimmungsbild.

WTB. Weimar, 26. März. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung griff vor Eintritt in die Tagesordnung der Ministerpräsident Scheidemann das Wort, um unter Zustimmung des ganzen Hauses Protest zu erheben gegen die in der feindlichen Presse angeführten unerhörten Friedensbedingungen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging er dann auf die Berliner Demonstrationen am letzten Sonntag ein, die der Nationalklub deutscher Offiziere zu einer monarchistischen Rundgebung und zu einer Ovation für den General Ludendorff mißbraucht hätte. Ungeheurer Lärm auf der rechten Seite des Hauses erhob sich, als

# Konservative Anklagen in der preussischen Landesversammlung

Die Anklagerede des konservativen Redners von Karodoff — Die Antwort des preussischen Ministerpräsidenten Hiesch — Minister Heine gegen die Unabhängigen.

Beginn der Sitzung 12 Uhr. Das Haus tritt in die Besprechung der gestern Abgegebenen Resolutionserklärungen ein.

**Abg. Gaele (Soz.):** Wir begrüßen mit Freude die Erklärung, daß der heutige Einheitsakt erreicht werden soll. Solange wir ihn aber nicht erreichen können, wollen wir ein einheitliches hartes Brechen. Erfolgreich war auch die Erklärung über das Gemeindefinanzwesen. Besonders wichtige Aufgaben wird das neue Selbstverwaltungsamt — beim Uebertrahen des Staates zu erfüllen haben. In der Rechnungsablage und der Gehaltsabfrage wird es alles nur Menschenmögliche tun müssen.

**Abg. Dr. Korfch (Zr.):** Wir brauchen einen gerechten und dauernden Frieden. Dazu bedürfen wir einer tätigen Regierung.

Das Reformprogramm wird viele Jahre zur Durchführung und ungesicherte Geldmittel benötigen. Wenn wir bezüglich des Verhältnisses des Staates zur Kirche und Schule die Gewähr haben, und das nicht der Fall zu sein, daß in der Schule, auch der Arbeit ununterbrochen wachst ist, der Glaube der Kinder nicht gefährdet, sondern nach Möglichkeit gefördert wird, dann können wir zusammenarbeiten.

**Abg. von Karodoff (Soz.):** Aus dem alten Staatswesen werden viele bedeutsame Kräfte übernommen werden müssen, denn das Neue gehen soll. Wir stehen vorbehaltlos auf dem Boden des parlamentarischen Systems und werden der Koalitionserregung durchaus sachlich gegenüberstehen. Hoffentlich wird der bürgerliche Einbruch der Regierung stark genug sein, um allzu schlimme Entgleisungen zu verhindern. Tief verlegt hat es uns, daß die Koalitionsregierung für unser früheres Rückenhaus sein Wort des Dankes übergeben hat. Die Revolution ist das größte Verbrechen gewesen, das je am deutschen Volke begangen wurde. Anstehen verlanget darüber, was die Arbeiter- und Soldatenrat getan und was

dieser Revolutionsstempel aus gestattet hat.

Präsident Veinert ruft den Redner zur Ordnung. **Abg. von Karodoff** fortzufahren: Wir glauben, daß das Geld zum großen Teil in den Taschen von sozialistischen Agitatoren geflossen ist. Wir werden für die Freiheit der Selbstverwaltung eintreten, hatten aber eine gewisse Kontrolle für unentbehrlich. Im Namen wollen wir den Freiabend wieder haben. Ferner fordern wir eine gute innere Kolonisation, die aber

nicht zur Verhinderung des Wohlstandes führen darf. Für die Einheit des Reiches würden wir Opfer bringen, aber nur dann, wenn es die anderen deutschen Staaten auch tun. In der materiellen, moralischen und stiftlichen Uebergebung unseres Volkes werden wir nach allen Kräften mitzuarbeiten suchen.

Frieden das Wort geteilt und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit hierfür die günstigste war, als wir vor und während der Frühjahrsfluthe maßt und tatkräftig daranden. Innerpolitisch bin ich der letzte gewesen, der sich einen freihändlerischen Ausbruch unter Staatsverweigerung schlossen hat. Diese meine Auffassung habe ich auch dem Reichstagesrat. Bringt man den Boden, so vor wenigen Tagen schriftlich kategorisch. Trotzdem bin ich, als die Macht der Ereignisse meinen Herrn Vater zum Thron führte, nicht nur nicht gefährdet worden, sondern man ist über mich als Kronprinz in Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Verzicht ist von mir weder gefordert noch geleistet worden. Dabei hat mich der Gedanke geleitet, durch den Zusammenhalt meiner Heresgruppe für unser Vaterland,

Ministerpräsident Hiesch: Diese provokatorische Rede macht auf mich geradezu den Eindruck eines Signals der Gegenrevolution.

Die Rede zeigt, daß die Regierung den reaktionären Strömungen entgegenzutreten und ihre demokratischen Reformen mit allem Ernst durchzuführen muß. Die Arbeiter- und Soldatenrat haben dem Staate wertvolle Dienste geleistet. Die politischen Beamten haben aber zum Teil zum Beispiel bezüglich der Gemeindefinanz, soziale Reformen geleistet. Für solche Beamte ist natürlich kein Platz in unserer Verwaltung. Wir fragen nicht nach der politischen Gesinnung eines Beamten, sondern nach seiner Tüchtigkeit. Die politischen Beamten büßen aber der Politik der Regierung selbstverständlich nicht entgegenarbeiten. Finanzminister Dr. Ebelmann: Die Wale haben sich um die Erhaltung der öffentlichen Ordnung an vielen Orten große Verdienste erworben. Aber alle haben ihren Schicksal erfahren. Es wäre ganz schlimm geworden, wenn nicht die Arbeiter- und Soldatenrat noch viele Millionen, sogar Milliarden gerettet hätten. Ich nenne als Beispiel nur ein Wort: Brüssel!

**Abg. Gaele (Dem.):** Wir müssen unser Staatswesen auf wahrhaft demokratische Grundlagen stellen, und dazu ist es nötig, daß tatsächlich alle Brechen vor dem Geleitz gehen werden, und daß bei der Belegung der Ämter lediglich die Tüchtigkeit entscheidet. Wir stimmen dem Programm der Regierung zu. Ordnung, Freiheit und Fröhe sind die Grundlagen, auf denen sich unser Staatsleben wieder entwickeln kann.

Minister des Innern Heine: Es ist nicht wahr, daß man bezüglich der Auswahl der Personen für unsere Ministerie von bürgerlicher Seite auf uns eingewirkt hat. Die große Zahl der politischen Prozesse

erklärt sich aus den Straftatbeständen, die Herr Kolnfeld und seine Freunde aus dem Gewissen haben. Jetzt eine Amnestie zu erlassen, wäre geradezu eine Bräuterie auf die Wiederholung solcher Verbrechen (Stürmische Zustimmung). Wir wissen, daß viele Sozialisten und Unabhängige für einen neuen Gesellschaften werden. Solange wir dagegen nicht geteilt sind, können wir auch den Belagerungszustand nicht aufheben. In Sachen Viehweidung sind alle Bewußtseins in Haft bis auf einen, dem infolge einer unglücklichen Zeitungsnotiz die Haft gelang. Wenn man politische Politik selber will, und keine Mehrheit hat, so muß man zu einem Koalitionsminister kommen. Wir müssen jetzt so schnell wie möglich die nötige Verfassung schaffen. In dieser Zeit muß ich das einschlägige Gesetz des Volkes erlassen wie einseitig durch den Reichstagesrat. Damit gibt keine der Parteien ihre eigenen Ziele preis. Ich bitte Sie: arbeiten Sie mit uns zusammen und erproben Sie dem Volke das Schauspiel unserer Kämpfer (Lobender Beifall).

Ministerpräsident Dr. Ebelmann dankt für die Unterstützung der Einigung über den Arbeitlosenunterstützung. Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung, förmliche Anfragen und Anträge. Schluß 7 Uhr.

dem wir alle dienen, weitere schädigende und zerfetzende Momente zu vermeiden, auch wenn meine Person unter Umständen peinlichen Folgen und Konflikten ausgesetzt sein könnte. Ich hätte lieber getragen in dem Bewußtsein, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Mir mein weiteres Verbleiben auf meinem militärischen Posten mühe aber auch die Stellungnahme der jetzigen Regierung nachzugeben sein. Von ihr ist mir der Abschied geworden, daß die Regierung nicht mit einer weiteren militärischen Verwendung meinerseits rechnen. Ich glaube daher, so lange auf meinem Posten geblieben zu sein, wie es meine Ehre als Offizier und Soldat es mir vordringt. E. C. wollen gleichzeitig davon Kenntnis nehmen, daß

Ich, Johannes Jakob Matthias Brudmüller, bestimme, im Falle meines klaren Verstandes und in Gegenwart des Notars Julius Schellenberg aus Breitenbrunn sowie zweier Zeugen, des Kaufmanns Peter Kornelius und des Statisten Ferdinand Thienemann, beide in Breitenbrunn wohnhaft, letztwillig folgendes:

1. Zu meinem Universalerben setze ich ein meinen außerehelich geborenen, aber von mir adoptierten Sohn Matthias Brudmüller.

Wetter-kam August Apponius nicht. Die Macht dieser völlig unerwarteten, nie als Möglichkeit bedachten Mitteilung ist mir wie eine Bombe ein und brachte die Gemüter von ichs höflichen Menschen zur Explosion.

Frau Ida Brudmüller ließ einen alternden Schrei aus, halb laut, halb Entsetzen. Und zweite Wessling lächelte auch. Aber den Laut aus ihrem Munde veranlaßte die tiefergründige Scham in ihrer jungfräulichen Seele, daß Matthias, der einst heimlich und leich von ihr Begierde, ein ... o Gott, wie unangenehm schuldig, gemein! ... einen ... man schauerte, es zu denken! ... unehelichen Sohn sein eigen nannte. Sie schätzte sich und hielt ihr hart nach Verlegenheit bittendes Tadelwort vor die Nase.

Und in die beiden Schreie aus Frauenmündern mischte sich das Poltern eines rüttelnden zur Erde sinkenden Stuhles. Denn Mat Brudmüller war ja in die Höhe gelangt und hatte dabei den Stuhl zu Fall gebracht. Nun hand der hochbar, grauhaarig entfaltete Mann wie weiland Gots zur Schläule erstarrtes Weib, hatte die Hände wie halt-liegend nach vorn gestreckt und glück im Gesicht der grau-gelichteten Hand des Schöffengerichtsaales. Nach Sekunden konnte er haltend herausbringen: „Nicht ... nicht ... nicht ... möglich! ... Das ... das ist nicht wahr!“

Christfried Brudmüller hatte sich nicht erhoben. Seine Hände waren rüttelnd in die Hosentaschen gefahren. Dann legte er sich gemächlich, breitathmig zurück, lächelte ruhig und sagte: „Es ist in fröhlicher Aussicht mit dem Sohn, lang meine Meinung, kann ich dir doch sagen. Aber, wie soll's der in Sohn besterzeit? hab' mir? ...“ Sein Blick wanderte zu stimmungsbildend in die Runde und blieb auf Emilie Kriebel's Gesicht haften, das infolge der in Erfahrung gebrachten Verletzung ihres verstorbenen Herrn von einer schmerzhaften Rote überflossen war. (Fortsetzung folgt.)

entwerfen der allierten Truppen in Ungarn beschließen. So soll dem Interzessionen zufolge General Mangin, der sich zuerst in der Pfalz bei Metz, nach Paris berufen werden, um dort seinen Befehlstand zu organisieren und sich dort Spezialisten in den Balkanstaaten zu erheben. Unkündend ist Mangin als Führer der militärischen Mission in Ungarn anerkannt. „Welt Posten“ schreibt, man kann mit Bestimmtheit sagen, daß der Rat der Vier gegenüber den Ereignissen in Ungarn nicht gleichgültig bleiben würde, wenn auch die amtlichen Berichte darüber nicht mehr fehlen. In der französischen Presse kommt jetzt die Tendenz zur Geltung, der Revolution in Ungarn eine übertriebene Bedeutung beizumessen und sie als ein zwischen Berlin und Budapest abgeklärtes Spiel hinzustellen. Ein in Paris festhaltender Minister erklärte, er wolle auf Grund unvollständiger Dokumente, daß Karolyi seit drei Monaten mit den Bolschewisten Beziehungen unterhalten habe. Die drastische Station in Budapest sei in künftiger Verbindung mit Moskau gewesen. Das Verhalten, ein Zusammengehen zwischen Berlin, Budapest und Moskau zu konstatieren, kommt auch im „Temps“ zum Ausdruck.

## Ministerpräsident Renner über den Anschluß an Deutschland.

Genf, 26. März. (Pristatogramm.) Das Bureau Europa Wien meldet aus Paris: Der deutsch-österreichische Ministerpräsident Renner erklärte einem Korrespondenten des „Matin“, der ihn in Wien aufsuchte, daß der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland eine bereits vollzogene Tatsache sei und daß nur noch die Einzelheiten des Abkommens ausgearbeitet seien. Deutsch-Österreich habe keine andere Zukunft als die mit Deutschland. Lediglich, so sagt Renner fort, bleibe aus durch die Haltung unserer scheinbar slavischen, polnischen und ungarischen Nachbarn nicht weiter abzuweichen, als um Deutschland anzuschließen, denn wir haben keine Rolle mehr zu spielen und werden demnach durch die Abgrenzung dieser neuen Staaten auch kein Spiel mehr haben. Wenn Sie nach Paris kommen, so geben Sie doch dort zu verstehen, daß die Einigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland für die Entente nur von Vorteil sein werde, da dadurch der Einbruch Preußens zurückgedrängt werden wird.

## Ein Novemberbrief des Kronprinzen.

Die Schwerindustrie, Deutsche Zeitung“ in Berlin veranlaßt den folgenden Brief des ehemaligen deutschen Kronprinzen:

Hauptquartier Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, den 11. November 1918.

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

In diesen für meinen Vater und mich schweren Tagen meines Lebens muß ich mich auch von E. C. verabschieden. Diebstegen habe ich mich anstrengen müssen, um der mir durch E. C. erteilten Genehmigung Gehör zu machen meinen Voten als Oberbefehlshaber Heeresgruppen und meinen Vorkämpfer zunächst im neutralen Auslande zu nehmen. Erst nach harten, inneren Kämpfen habe ich mich zu diesem Schritt durchringen können, trotzdem es mir mit allen Kräften meines Herzens widerstrebt, meine Heeresgruppe und meine tapferen Truppen, denen das Vaterland so unendlich viel verdankt, nicht in die Heimat zurückführen zu können.

Ich lege aber Wert darauf, E. C. in dieser Stunde noch einmal meine Stellungnahme in kurzen Zügen zur Darstellung zu bringen, und bitte E. C. von mir neuen Worten ganz nach ihrem Gutdünken Gebrauch zu machen. Im Gegensatz zu vielen angehenden Stimmen, die mich von sehr als Krieger und Revolutionär hinstellen, habe ich bemerkt, habe ich von Anfang an den Schwerpunkt gesetzt, daß dieser Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich in den Jahren 1916, 1917, 1918 den maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber mündlich und schriftlich betont, daß Deutschland, mit allen Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müßte, sich gegen die ganze Welt auf dem Status quo zu behaupten.

Seit Jahr und Tag habe ich in den steten Unterredungen mit General Ludendorff, einem weisen Verständigungs-

## Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gaele.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sechs Personen sahen vor ihm in mehr oder minder gespannter Erwartung.

Er sah sie mit einem prüfenden, etwas prüffig mahlenden Blick der Reihe nach an und sagte: „Allo: es hat erlöhnt: Frau Rosalie Berdach aus Gladenfeld, Herr Ehrenfried Brudmüller aus Blankenfelde bei Berlin, Herr Abel Brudmüller nebst Frau aus Spandau, Fräulein Traute Wessling aus Berlin und Fräulein Emilie Kriebel vom Abbau Rothbusch bei Breitenbrunn. Zugewandt ist außerdem der Herr Notar Julius Schellenberg aus Breitenbrunn. Herr Hans Christian Rand aus Lübeck und Herr Thomas Brudmüller aus Fiddlöhnen bei Fülltenwalde sind der Ladung nicht nachgeworben. Die Rechte der Minderjährigen bleiben durch die Abwesenheit unberührt. Nach diesen vorausgegangenen Feststellungen förmlich ich nunmehr zur Erklärung des Testaments des am 18. Februar dieses Jahres verstorbenen Rentners Matthias Brudmüller. Der Inhalt auf Testamenteneröffnung ist unter Beibringung der Erbverfunde am 28. Februar von dem Magistratssekretär Abel Brudmüller zu Spandau geschieht worden.“

Der Herr Amtsgerichtsrat verstaunte sich und lächelte seine Schnupftabakspale mit verlangenden Blicken. Er konnte nicht umhin, sie zu öffnen und eine Stärkungsprobe zu nehmen. Abel Brudmüller begann infolge dieser obermaltigen Bewegung unruhig hin und her zu rücken und loderte nach seinem engen und hohen Hemdenbogen zu greifen. Er fühlte, wie ihm ein nervöses Krabbeln den Rücken hinabfiel, als sei dort die Wanderschaft einer Ameisenkolonie, und empfand ein grauliches bedrückendes Würgen im Halse, daß ihm der Herr vom Reich verlor. Sein Nachbar zur Linken, Ehrenfried Brudmüller, ließ ihn beifig in die Seite:

„Ein wichtiger Punkt bleibt aber das mit uns in ein Schnupftabakspale verlor?“ fragte er halblaut. „So was jübt's in sich selbst anständig? Ich bin in der Welt, daß die Verdächtigungen mehr schonapp als aber.“

Traute Wessling warf ob derer auffälligen, Raatgekrümmten Bemerkung ihres Vaters aus Blankenfelde einen empörenden Blick zur Zimmerdecke und stülperte der Frau Doktor zu: „Es ist unerschicklich, Wöden, daß man solche ungebildete Bemerkungen hat. Man muß sich schämen.“



